

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/50. Jahrgang

März 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

## Gießen: Wohnraum-Leerstand für 500 Menschen

Das Land Hessen möchte im ehemaligen Notaufnahmelaager (war bis 2018 Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge) eine Gedenkstätte einrichten.

SPD/CDU/Grüne beantragten, über die künftige Nutzung mit dem Land das Gespräch zu suchen. Martina Lennartz (DKP) stellte daraufhin für die Fraktion Gießener Linke den Zusatzantrag: „Gleichzeitig sollen in dem sehr großen Komplex Wohnraum und Platz für soziale Einrichtungen geschaffen werden.“ Zur Begründung

führt sie aus: „Die Erstaufnahmeeinrichtung verfügt über mehrere Gebäude, in denen viele Menschen gewohnt haben. Sie verfügt über 500 Unterkunftsplätze mit sanitären Anlagen, Gemeinschaftsräumen, Verwaltungsräumen, Spielplätzen, Küchen u. a. Diesen kompletten Platz für eine Gedenkstätte zu nutzen, ist unserer Meinung nach pure Verschwendung von Räumen, die für soziale Einrichtungen sinnvoll genutzt werden können.“

*Ich möchte noch einmal klar stellen, dass wir nichts gegen eine Gedenkstätte haben, aber angesichts der Tatsache wie groß der Bedarf in Gießen an sozialen Einrichtungen für verschiedenste Zielgruppen ist, ist es fahrlässig den Raum für diese nicht zu nutzen.*

*In Gießen sind die Angebote für Wohnsitzlose restlos ausgeschöpft, es gibt zu wenig Verwahrungsmöglichkeiten für deren Habseligkeiten, zu wenige sanitäre Anlagen und es gibt keinen einzigen Platz in Gießen, an dem ein*

*(Fortsetzung auf Seite 3)*



### Inhalt:

Gelbwesten/Weg mit den §§218/219a	S.2
SPD: Arzt am Krankenbett des Kapitals	S.3
Uniklinikum/Otto/Wieseckau	S.4
Aufstehen für Frieden/Tarifrunde ÖDL	S.5
Religiöser Hokus-Pokus/Leserbriefe	S.6
Gleichberechtigung durch Gender*?	S.7
Termine/Venezuela	S.8

## Demo zum Internationalen Frauenkampftag 8. März 2019

Keine Kompromisse – Weg mit den §§ 218 / 219a

Die Freiheit der Frau bestimmt die Freiheit einer Gesellschaft

Freitag, 8. März, 17.30 Uhr ab Kirchenplatz, Demonstration

(Neuen Bäume, Südanlage, E-Klo, Seltersweg, Kirchenplatz)

Redebeiträge von: 8. März Bündnis, ARAG, DKP,

kurdische Frauen Bercem, SDS, Solid

Es rufen auf u.a.: 8. März Bündnis Gießen, ARAG, DKP, Die Linke, SDS,

Solid, pro Choice, kurdische Frauen Bercem, ALARM - gegen Sexkauf



Für Frieden und Sozialismus!



# Die Gelben Westen und das Ende der Alternativlosigkeit

Gerade in Deutschland reibt man sich verwundert die Augen! Arbeitende Menschen, die sich wehren, die ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen und sich nicht mehr länger vom Geschwätz der Herrschenden beeindrucken lassen. Die Proteste in Frankreich richteten sich anfänglich gegen geplante zusätzliche Treibstoffabgaben, nachdem schon im Jahr 2018 ein allgemeiner Preisanstieg von 18% zu verzeichnen war. Zu den Sprechern der Bewegung zählen unter anderem der Fernfahrer Éric Drouet und die Krankenschwester Ingrid Levavasseur. Im Mai 2018 wurde eine Online-Petition gegen die Erhöhung der Treibstoffabgaben innerhalb von wenigen Tagen von Tausenden unterzeichnet. Durch die hinhaltende Taktik Macrons und die Polizeigewalt radikalisierte sich die Bewegung. Zu den Forderungen zählt die Erhöhung des Mindestlohns, die Erhöhung der Renten und die Wiedereinführung der 2017

abgeschafften Vermögenssteuer. Vor allem der linke Flügel um Drouet und Levavasseur fordern den Rücktritt von Macron und betonen, dass man sich über ihn keine Illusionen machen solle. Am 17.11.2018, dem ersten Protesttag, wurden ca. 2000 Straßensperren eingerichtet und Treibstoffdepots besetzt. Über 300.000 Menschen

-reine Augenwischerei. Die Repression hingegen ist real. Seit Beginn der Proteste sind mehr als 3000 Personen – überwiegend Demonstranten – zum Teil schwer verletzt worden. Über 20 Personen verloren ein Auge durch Polizeigewalt. Am 4. Februar verabschiedete die französische Nationalversammlung das reaktionäre „Anti-Randale-Gesetz“. Die Präfekten haben nun die Befugnis, Proteste ohne Gerichtsentscheid zu verbieten. Trotz oder gerade wegen der Arroganz der Herrschenden gingen die Gelbwesten wieder auf die Straße, über 160.000 im ganzen Land. Aber sie unterstützten auch den Generalstreik am 2. Februar. Levavasseur in einem Interview mit dem Spiegel: *„Natürlich sind wir mitten in einer Revolution! Wir wollen uns nicht mehr verstecken. Wir sind auf dem Weg, Dinge in diesem Land zu verändern. Es wird ein Vorher und ein Nachher der Gelbwesten geben. Nichts wird wie früher sein.“*



beteiligten sich daran. Macron versucht es mit Zuckerbrot und Peitsche. In seiner Rede vom 10.12.2018 kündigte er „soziale Verbesserungen“ an und eine große nationale Debatte

betreffe die Erhöhung der Renten und die Wiedereinführung der 2017

Solidarisieren wir uns mit den Gelbwesten!  
Henning Mächerle

# Bibel-Fanatiker in die Wüste - Weg mit den §§ 218/219a!

Ende Januar/Anfang Februar kamen an mehreren Tagen eine Handvoll Fanatiker aus Frankfurt nach Gießen, um vor der Praxis von Dr. Kristina Hänel ihr Unwesen zu treiben und singend und betend



„die Frucht des Leibes zu benedieien“ (s. Foto). Spontane Gegendemonstrationen u. a. der „Omas gegen rechts“ boten ihnen Paroli. Nun beschloss das Gießener Stadtparlament einstimmig (bei Enthaltung der AfD, deren Frontfrauen an ähnlichen Aktionen der „Lebensschützer“ teilnehmen), in Übereinkunft mit der Landesregierung (wegen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit) eine Bannmeile von 150 Metern zu bestimmen. Damit soll gewährleistet werden, dass künftig die Praxis unbehelligt aufgesucht werden kann. Den Antrag gestellt hatten die Magistratsparteien unter Federführung der

SPD. Ja, die Partei, deren Genossinnen und Genossen seit über 100 Jahren für die Abschaffung des § 218 – und natürlich auch des § 219a, der von den Nazis eingeführt wurde – kämpfen

und die jetzt den „Kompromiss“ der Groko mitbeschlossen haben, der ihren Grundprinzipien zuwiderläuft. An der bisherigen Strafbarkeit ändert sich rein gar nichts. Es darf von den Praxen informiert werden, dass Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, aber nicht über Einzelheiten wie Methoden. Eine Streichung des § 219a käme nicht in Frage, heißt es im Text, denn: *„Eine Folge wäre allerdings, dass auch das Anpreisen oder die grob anstößige Werbung für Schwangerschaftsabbruch straffrei gestellt wäre.“* Wer denkt sich solchen Blödsinn aus – und unterschreibt ihn auch noch? Hier hätte die SPD die Möglichkeit

gehabt, einmal Rückgrat zu zeigen und sich an ihre Wurzeln zu erinnern. Kein Wort steht zu diesem Thema im Koalitionsvertrag.

Ohne jede rationale Veranlassung hat die SPD zugestimmt und auf ihren eigenen geplanten Gesetzentwurf zur Streichung des § 219a verzichtet, obwohl der mit den Stimmen von Linken, Grünen und Teilen der FDP im Bundestag eine satte Mehrheit bekommen hätte. Warum? Machtgeilheit kann es nicht sein, denn die Macht liegt in anderen Händen – wie man sieht. Also sind es doch wohl die Fleischtöpfe, für die man die Seele verkauft.



# SPD, der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus\*)

Der freie Fall der SPD zwingt sie zum Handeln, die böse Saat der Agenda 2010 (= Hartz IV, Alters- und Kinderarmut) ist aufgegangen, die Umfragergebnisse sind im Keller, jetzt wird zurückgerudert.

**Parteivorsitzende Andrea Nahles will „Hartz IV hinter sich lassen“:** u. a. „weniger harte Sanktionen“ (statt sie abzuschaffen), einen längeren Bezug des Alg I und wieder mehr Sonderbedarfe, z.B. den Ersatz einer kaputten Waschmaschine, vom Jobcenter bezahlen.

Selbstverständlich stoßen selbst solche Mini-Reförmchen auf scharfen Widerspruch von Unternehmern und CDU/CSU, obwohl die SPD an den Grundpfeilern dieses Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrumentes ohnehin festhalten will.

**Bundesarbeitsminister Heil will mit der "Respekt-Rente"** Wählerstimmen fangen. Er hat ausgerechnet, dass man nach 35 Arbeitsjahren für Mindestlohn nur eine Rente von 517

Euro erhält, auch ein Ergebnis der Agenda 2010. Heil will nun eine Mindest-Rente in Höhe von 900 Euro, was sicher für Millionen Menschen eine gute Sache wäre. Aber: Die generelle Altersarmut wäre auch damit nicht beseitigt, die Finanzierung (5 Milliarden Euro) ist offen und die Durchset-

zung genau so utopisch wie die Versprechungen von Nahles, weil das alles im Koalitionsvertrag so nicht vorgesehen ist. Dennoch ist die SPD in Umfragen leicht gestiegen. Die Menschen sehen das, was sie für den „guten Willen“ halten und nicht die Tatsache, dass es diese SPD war,

die sie ins Elend gestürzt hat und die jetzt verspricht, einige Auswüchse beseitigen zu wollen.

**Die Grünen** sind als damaliger Koalitionspartner genauso verantwortlich. Sie verstanden es – bisher – sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Wie sie übrigens auch der Rodung des Hambacher Waldes zugestimmt haben, um hinterher den Protest dagegen auszunutzen.

**Gerhard Schröder und Joseph Fischer** haben Deutschland zum größten Niedriglohnsektor Europas gemacht (wie das Manager-Magazin am 21.2.19 bestätigte). Und sie haben den größten Rentenraub aller Zeiten durchgesetzt.

**Bei ihrem Regierungsantritt betrug das Renten-Niveau 70% des Brutto-Einkommens; nach der Agenda 2010 liegt es bei nur noch 43%!**

Selbstverständlich haben CDU/CSU diese Ausbeutungs-Vorlage mit Kuss-hand begrüßt – und sie mit Freude umgesetzt, sei es in Koalition mit der FDP oder der SPD. Erika Beltz



zung genau so utopisch wie die Versprechungen von Nahles, weil das alles im Koalitionsvertrag so nicht vorgesehen ist. Dennoch ist die SPD in Umfragen leicht gestiegen. Die Menschen sehen das, was sie für den „guten Willen“ halten und nicht die Tatsache, dass es diese SPD war,

\*) Das war für SPD- und Gewerkschafts-Funktionär Tarnow schon in der Weimarer Republik Selbstverständnis

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt** [www.jungewelt.de/testabo](http://www.jungewelt.de/testabo) Abotelefon: 030 53 63 55 50 **Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**



(Fortsetzung von Seite 1)  
**Wohnraum-Leerstand**

Wohnsitzloser mit Hund aufgenommen werden kann.“

Als weitere Nutzungsmöglichkeiten nennt sie die Einrichtung einer Wärmestube, Studentenunterkünfte oder die Umwandlung in Sozialwohnungen, verweist auf den SPD-Antrag zur Wohnraumzweckentfremdung im Hessischen Landtag und schließt: „Diese Gebäude bieten eine Vielzahl von sozial sinnvollen Nutzungsmöglichkeiten. Es wäre sträflich, diese lediglich für eine Gedenkstätte zu nutzen.“

Auch dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen mit der faden-scheinigen Begründung abgelehnt: Weil doch das Gelände dem Land gehöre. Aber deswegen sollte doch miteinander gesprochen werden, wie es auch SPD/CDU/Grüne gefordert hatten.

Im September 2018 hatte die Fraktion Gießener Linke angesichts bestehender Wohnungsnot beantragt, dass die Stadt eine Leerstandsabgabe einführt. Hauseigentümer, die Wohnungen über einen bestimmten Zeitraum leerstehen lassen, sollten dafür bezahlen. Das wurde von der SPD vehement als unzulässiger "Eingriff in das Privateigentum" zurückgewiesen. - Jetzt fordert die SPD-Fraktion im Landtag - als Opposition - genau dasselbe, ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

# Uniklinikum: Vorstand feiert, Personal kämpft

Im Januar fand wieder der Neujahrsempfang des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) statt. Alle waren anscheinend zufrieden mit den Zuständen am Klinikum: der Vorstand des Besitzers Rhön AG, der kaufmännische Vorstand, der ärztliche Vorstand, der Unipräsident, die Staatssekretärin als Vertreterin der Landesregierung.

Der einzige, der wirklich Grund zur Zufriedenheit hatte, war der Vorstand der Rhön AG. Die Profite sprudeln, die Dividende und die Boni stimmen – auch weil das Land immer mehr zuschießt. Der ärztliche Vorstand und die medizinische Fakultät lobten die wissenschaftlichen Leistungen, als

besonders exzellent wurden Kardiologie und Cancerologie genannt – zufällig genau die Bereiche, in denen die Fallpauschalen besonders hoch sind. Eher am Rande konnte man heraushören, dass die wissenschaftlichen Leistungen eher dritt- als erst-

klassig sind und dass die Zusammenarbeit zwischen Gießen und Marburg zu wünschen übrig lässt. Überhaupt nicht erwähnt wurde die schlechte Leistung in der Lehre – erst ein paar Tage vorher hatte die medizinische Fakultät wegen der schlechten Prüfungsergebnisse der Studierenden einen privaten Dienstleister zur Nach-



hilfe angeheuert. Erwähnt wurde immerhin, dass medizinische Ausbildung ohne enge Verzahnung von Lehre und Patientenversorgung nicht möglich ist – und daran hapert es natürlich in einem von Arbeitshetze geplagtem Krankenhaus. Wie es dem Personal im Betrieb

geht, spielte keine Rolle. Das aber sorgte kurze Zeit später selber für die notwendige Aufmerksamkeit. Anfang Februar gab es einen Streik- und Aktionstag im Rahmen der Tarifrunde. Dabei ging es vor allem um die Bezahlung der Lehrkräfte in den verschiedenen Ausbildungsstätten für medizini-

sche Berufe. Die Forderung ist eigentlich bescheiden – eine Angleichung der Bezahlung an die Tarife des öffentlichen Dienstes. Zu mehr als dem Versprechen, man werde eine Lösung finden, lies sich der Personalvorstand aber nicht bewegen – der Kampf geht weiter. Gernot Linhart

## Es war einmal...

*eine Zeit, da führte jedes Mitglied des Magistrats, jeder grüne oder sozialdemokratische Parteifunktionär das Wort „Bürgerbeteiligung“ im Mund. Es wurde eine Satzung kreiert, ein „Mängelmelder“ ging online, auf dem jeder eine Müllansammlung oder Ähnliches melden konnte. Die Gießener sollten sogar Auskunft geben, wie sie sich die Finanzierung der Stadt vorstellen.*

*Praktische Auswirkungen hatte das keine – genauso wenig wie die repräsentative Umfrage einer Tageszeitung, in der die Mehrheit der Gießener eine Landesgartenschau ablehnten. Dabei zeigte sich immer mehr, dass die bürgerlichen Parteien kein Interesse zeigten, sich mit Vorschlägen von Bürgern auseinander zu setzen. Die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ wurde zum Feind erklärt. Die Grünen weigerten sich, auf Stellungnahmen der BI zu reagieren. Anträge der linken Fraktionen wurden hinausgezögert, schließlich parlamentarisch beerdigt. Die BI „Lebenswertes Gießen“ wurde gutachterlich beschimpft, ohne dass die OB als Auftraggeberin sich entschuldigte. Und es geht weiter: Aktuelle Anfragen an den Magistrat von der BI „Wieseckau“ zur Partymeile an der „Strandbar“ werden bisher ignoriert.*

*Die BI will wissen, warum die verantwortliche Dezernentin, Frau Weigel-Greilich, ihre Zusage vom letzten Jahr nicht eingehalten hat, dass zum Schutz der Teichvögel an der „Strandbar“ ein fester Sichtschutz installiert wird. Dies war ihrer Antwort auf eine Anfrage der Stadtverordneten Martina Lennartz (Gießener Linke, DKP) zu entnehmen. Ohne diesen Sichtschutz darf die „Strandbar“ nicht betrieben werden.*

*Letztes Jahr ignorierte das Ordnungsamt diese Auflage. Vielleicht ist deshalb die Anfrage so schwer zu beantworten. M. Berger*

## Otto: Glücksfall oder neue Probleme?

Der Bau des Logistikzentrums des Versandunternehmens Otto in Gießen ist einstimmig beschlossen worden. Die Zahlen der zu erwartenden Arbeitsplätze schwanken zwischen 1800 (Allgemeine), 1300 (Anzeiger) und „Hundertern“ (D. Beitlich, Geschäftsführer von Revikon, Eigentümer des Geländes).

Genausoweit gehen die Meinungen darüber auseinander, was das für die Stadt bedeutet. „Ein Glücksfall“, schwärmt CDU-Bürgermeister Neidel, „Ergebnis der guten politischen Arbeit“, meint SPD-Fraktionschef Nübel und Grünen-Fraktionschef Grothe verstieg sich zu „fast ein Sahnestück“. Notwendige und kritische Worte dagegen gab es von der Gießener Linken. Die Frage des Stadtverordneten Janitzki, ob und wie viel Gewerbesteuer Gießen dadurch bekomme, wurde nicht beantwortet – obwohl die

Stadt seit mehr als einem Jahr mit Otto verhandelt. Matthias Riedl wies als einziger darauf hin, dass die zu erwartenden Arbeitsplätze durchweg prekär im Niedriglohnbereich liegen. Dass die Wahl des Standortes auf Gießen gefallen ist, „weil eine Hochschulstadt mit ihrem studentischen Arbeitskräftepotenzial bevorzugt gesucht wurde“ (weil da keine Sozialabgaben bezahlt werden müssen, d. Red.), steht sogar in der Begründung des Antrags vom Magistrat.

Die Auswirkungen der 4000 zusätzlichen Pkw- und 850 Lkw-Fahrten täglich (plus der Fahrzeuge der Beschäftigten) wurden kleingeredet und die Sorgen des angrenzenden Stadtteils Rödgen nur halbherzig ernst genommen. - Dass mit diesen neuen Arbeitsplätzen sich auch die Wohnungsnot in Gießen zuspitzen wird, wurde überhaupt nicht thematisiert. M.B.

# Aufstehen für den Frieden

Die Nato hatte 1982 eine Gipfelkonferenz nach Bonn einberufen. Aus diesem Anlass fand die bis dahin größte Massendemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik statt und sie bildete den Höhepunkt der deutschen Friedensbewegung. Das breite Bündnis von Friedensgruppen, Umweltschützern, Frauen-, Dritte-Welt-Gruppen und politischen Organisationen, zusammen bald eine halbe Million Menschen, war nach Bonn gekommen, um den Nato-Beschluss zur Aufstellung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen, Pershing II und Cruise Missiles, in der Bundesrepublik zu verhindern. Es kam dann der INF-Vertrag zwischen den USA und der UdSSR zustande, der landgestützte atomare Mittelstreckenraketen der Reichweite 500 bis 5.500 km verbot. Diesen Vertrag setzte nun US-Präsident Trump aus.

Auf Grund des INF-Vertrages wurden die landgestützten Raketen der oben genannten Reichweite verschrottet. Aber heute passt dieses Abkommen den führenden Kräften in den USA nicht mehr ins politische Konzept. Schließlich haben sich seitdem die militärpolitischen Verhältnisse geändert und die Falken in Washington wittern Morgenluft. Die Nato ist durch Auflösung des Warschauer Paktes an die russischen Grenzen herange-

rückt. Als man Moskaus Zustimmung zur deutschen Einheit erhalten wollte, hatten Außenminister Genscher und andere höchste Politiker der Nato-Staaten Gorbatschow versprochen, die früheren Warschauer Pakt-Staaten und sogar Ostdeutschland nicht in die Nato aufzunehmen. Das war glatt gelogen, aber schriftlich hatte sich Gorbatschow das leider nicht geben lassen. Der Putsch in der Ukraine und die Stationierung von Raketen in Polen und Rumänien erhöhten die Gefahren für Russland weiter. So auf ihrem Kriegskurs beschwingt kündigten die USA den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen.

Russland hatte nach 1991 zunächst sogar versucht, an Nato und EU anzudocken. Der Frieden gilt diesem Land als unverzichtbares Gut, seit es im faschistischen Krieg bald 30 Millio-



nen Menschen verloren hat. Als ein Beitritt weder zur Nato noch zur EU zustande kam, hielt Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 eine ernste Rede mit der er vor zunehmenden bewaffneten Konflikten warnte, falls die Nato-Länder dazu übergangen, keine politische und militärische Macht neben sich zu dulden, wenn sie, wie er sagte, daran gingen, eine „monopolare Welt“ zu errichten. Diese Rede fand einige politische Beachtung, aber keine Konsequenzen. Die heutige Bedrohung durch die Stationierung von US-Raketen in Europa bringt eine enorme Zuspitzung der Lage mit sich.

Diese Raketen sind schneller als die früheren, die Vorwarnzeiten sind deutlich kürzer. Europa wird verstärkt zum Pulverfass hochgerüstet. Es ist Zeit für uns Menschen in Europa für den Frieden aufzustehen - wie 1982.

Klaus Mewes



## Tarifrunde Öffentlicher Dienst der Länder

Nachdem Anfang Februar die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Länder ergebnislos blieb, haben die Gewerkschaften für alle Bundesländer Warnstreiks angekündigt. Damit sollen ihren Forderungen Nachdruck verliehen werden: 6% mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro, 100 Euro für die Auszubildenden und eine Übernahmegarantie bei erfolgreicher Ausbildung, Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) lehnte die Forderungen erwartungsgemäß ab. Die „sprudelnden Steuereinnahmen“, so Verhandlungsführer Kollatz, müssten vorwie-

gend zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden. Ab 2020 gelte zudem die Schuldenbremse in den Ländern. Was dieser selbstauferlegte Zwang bewirkt, ist bekannt: Marode Schulen und Wohnungen, kaputte Straßen und Brücken, Erhöhung von Steuern und Abgaben, Kürzung der staatlichen Leistungen. Und natürlich ein gutes Argument für die TdL, um Lohnerhöhungen minimieren zu können.

Ver.di-Vorsitzender Bsirske kündigte eine harte Haltung der Gewerkschaften an, erste Warnstreiks und Protestaktionen fanden bereits statt, weitere werden folgen. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Silberbach kritisierte, dass

die Länder einerseits „händeringend“ Lehr- und Pflegekräfte, Polizisten und Ingenieure suchen, sich aber andererseits weigern, den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten.

Das Land Hessen verhandelt alleine, seit es 2004 aus der TdL ausgetreten ist. Die Forderungen der Gewerkschaften stimmen weitestgehend überein, die Reaktionen der Gegenseite ebenfalls: Innenminister Beuth wies die Forderungen mit Blick auf den Landeshaushalt umgehend zurück. Die DKP unterstützt alle Kolleginnen und Kollegen in ihrem berechtigten Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und steht solidarisch an ihrer Seite. Rainer Grabowski

# Religiöser Hokus-Pokus in städtischem Museum

Im Oberhessischen Museum spielten sich im Februar wieder mal Szenen ab, die man in einem der weltanschaulichen Neutralität verpflichtetem Haus nicht erwarten würde.

Buddhistische Mönche aus der Sekte des Lieblingsgötzen deutscher Bildungsbürger, dem Dalai Lama, legten ein sogenanntes Mandala, verbunden mit viel Brimborium: Gebete, Meditationen, Mantra-Gesänge.

Vorher wurde ein unter ähnlichen

Umständen entstandenes Bild „entweiht“ und „aufgelöst“, also zerstört. Angeblich hatte es seine spirituelle Kraft verloren.

Das Oberhessische Museum hat eine Tibet-Abteilung. Dort kann man natürlich solche Mandalas zeigen und ihre Entstehung und Bedeutung sachlich erklären.

Das religiöse Drumherum gehört aber in eine Kultstätte der Organisation. Wer bezahlt das Ganze eigentlich,

fließen dazu Mittel aus dem Haushalt des Museums?

Zugeben muss man, dass das Ereignis ein Publikumsmagnet war, nie sonst sieht man so viele Besucher in dem sonst ziemlich leeren Museum. Das spricht aber eher dafür, das Haus insgesamt attraktiver zu machen, anstatt es für solche fragwürdigen Ereignisse zu missbrauchen.

Genrot Linhart



## Leserbriefe

### Gottgegebener Hinterhof

Warum Washington seit Jahren Regime-Change in Venezuela betreibt: Das Land besitzt die größten Erdöl- und die viertgrößten Erdgasreserven des Planeten. Die jetzige, demokratisch gewählte Regierung in Caracas will diesen immensen Reichtum selbst verwalten und dem eigenen Volk zugutekommen lassen.

Venezuela verfolgt eine eigenständige, nicht Washington hörige Außenpolitik. Venezuela will eine multipolare Weltordnung. Es möchte Gesundheit, Bildung und Kultur für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Oberschicht. Venezuela hat den Mut, offen den US-Imperialismus zu kritisieren.

Das sind die wahren Gründe der US-geführten Umsturzversuche. Die USA betrachten ganz Lateinamerika, inklusive seiner Bodenschätze und Märkte, als ihren gottgegebenen Hinterhof, den sie nach Gusto ausbeuten und verwalten dürfen – siehe Monroe-Doktrin.

Wer sich dieser Doktrin entgegenstellt, muss entfernt werden! Viva Venezuela

libre y socialista! Es lebe die internationale Solidarität! Nieder mit allen Formen von Kolonialismus und Imperialismus!

Claudio Coladangelo

### Der Graben zwischen Arm und Reich wird immer tiefer.

Warum nur? Wir haben doch Freihandelsabkommen und die EU. Die sind doch so gut für die Menschen, deren Wohl allen Parteien am Herzen liegt. Und jetzt das. Lügt da einer? Die Freihandelsabkommen nutzen nur den Konzernen und die EU wurde früher als EWG, also Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Will denn keiner sehen, wem sie tatsächlich nützen? Darum das Trommelfeuer der Meinungsfabrikanten, dass die Abgehängten selbst schuld sind? Das Leben im Kapitalismus ist ja so schön. Man muss es sich nur leisten können. Und wenn man sich umsieht, Sozialdemokratische Parteien haben längst kapituliert und schwenken heute die Fahnen des Kapitals. Wieder einmal fallen sie ihrem Volk in den Rücken. Länder, in denen noch links regiert wird, werden wirtschaftlich boykottiert und es werden

Unruhen zum Sturz der dortigen Regierungen geschürt, um einen ihnen genehmen Diktator einzusetzen. Und jetzt stellen sich die Meinungskonzerne hin und erzählen uns was von den Reichen, die immer reicher werden und Armen, deren Anzahl immer größer wird, als wäre das eine Neuigkeit. Dabei sind das doch wichtige Helfer. Sie lehren uns, dass abgelauene Lebensmittel gesund sind und Insekten sehr delikat seien.

CDU, CSU, SPD und sogar Die Linke fordern endlos die Einigkeit in ihren eigenen Parteien. Sie sollen auf dem richtigen Weg bleiben. Denn etwas darf sich nie wiederholen. Die Deutschen sollen nie mehr auf die Straße gehen und „Wir sind das Volk“ rufen. Dieser Schock sitzt denen immer noch in den Knochen. Darum die zunehmende Überwachung der eigenen Bürger. Einig sind sich unsere Parteien in dem hilflosen Spruch: „Wer soll das denn bezahlen?“

Wie heißt es in dem Artikel: Das Vermögen der Milliardäre sei um durchschnittlich 2,5 Milliarden US-Dollar pro Tag gestiegen. Also los. Wer verbietet es euch? Die Masse bestimmt nicht.

Wolfgang Seibt

# Gleichberechtigung ist mehr als ein Gendersternchen

Das „Gendersternchen“ ist im Januar als „Anglizismus des Jahres“ ausgezeichnet worden – „als klare Bereicherung des deutschen Wortschatzes“. Können damit jetzt alle Mensch\*innen zufrieden sein? Ich denke: nein.

Die krampfhaften Versuche, immer und überall die weibliche Form anzuhängen bedeutet nämlich letztlich auch eine Diskriminierung. Während Männer bei der Charakterisierung ihrer Person die freie Wahl haben, müssen sich Frauen zuerst und vor allem über ihr Geschlecht definieren. Ein Mann kann für sich selbst entscheiden, ob er sich primär als z.B. Humanist, Politiker, Arzt oder Spaßmacher – oder als Mann – sieht. Bei Frauen werden Beruf, Status, Glaube und alles was sonst für sie bestimmend sein mag... nachrangig. Sie ist durch die Dominierung der weiblichen Form als erstes und bestimmendes: Frau. Natürlich mussten und müssen sexistische Formulierungen beseitigt werden. Die gibt es sowohl in der rein männlich verwendeten Anrede als auch weit darüber hinaus. Hinzu kommt, dass die Sprache durch

überflüssige Wortungetüme wie z.B. „Oberbürgermeister\*innen“ oder „Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen“ verhunzt wird. Die Texte werden unnötig holprig und schwerer zu verstehen. Als ob jeder denken würde, dass nur Männer unterwegs sind, wenn von „Passanten“ im Seltersweg die Rede ist.

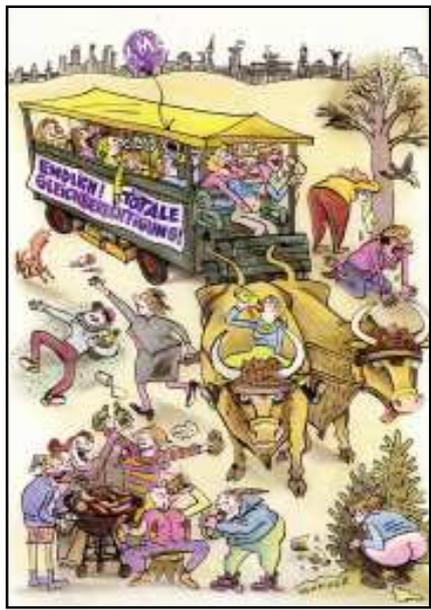
Im vergangenen Jahr wurde amtlich im Personenstandsrecht die Bezeichnung „divers“ eingeführt für Menschen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen. Das ist ein Fortschritt und war lange tabuisiert. Was nutzt es jedoch den Betroffenen, wenn sie sich nach wie vor zwischen „Herr“ und „Frau“ in der Anrede entscheiden müssen? Vielleicht wird hierdurch ein Begriff

gefunden, der den Menschen als solchen - und nicht nach Geschlechtern getrennt - in den Mittelpunkt stellt. (siehe Kasten)

Als Frauen in die Bundeswehr kamen, wurde das von Feministen als Schritt zur Gleichberechtigung begrüßt. Dabei wurde übersehen, dass nun auch Frauen damit einem Staat dienen, der gleiche Rechte nur dann zuerkennt, wenn sie seinen Interessen nicht zuwiderlaufen. Und die sind bestimmt von Krieg zur Sicherung der Absatzmärkte und Rohstoffquellen und vom Profit. Der wird erzielt durch die Herrschaft des Kapitals, das heißt durch die Ausbeutung der lohnabhängigen Menschen – gleich welchen Geschlechts. Erika Beltz

In einigen Ländern gibt es Kitas mit geschlechtsneutraler Erziehung. Zum Beispiel in Island, das im Gleichberechtigungs-Index des Weltwirtschaftsforums regelmäßig auf Platz 1 steht. Auch in Schweden gibt es Kitas, wie die vor 10 Jahren gegründete „Egalia“, in denen Mädchen wie Jungen mit Puppen und Feuerwehrautos spielen, Prinzessin und Batman sein dürfen. Die Kinder werden konsequent mit „hen“, dem genderneutralen Pronomen angeredet, statt mit „han“ für „er“ oder „hon“ für „sie“. Ähnliche Einrichtungen gibt es auch in Texas sowie in Mexiko.

**UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche antikapitalistisch!  
**10 Wochen kostenlos testen**  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)



*"Ich bin nie sicher, wie die Regel geht: Offeriert man seinen Gästen zuerst ein Getränk oder das WLAN-Passwort?"*

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

**Redaktionsschluss für April-Echo: Mi., 20. März**

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

- Ich möchte:**
- das Gießener Echo abonnieren
  - das GE online abonnieren
  - Infos bekommen
  - Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....  
 Anschrift:.....  
 Mail:.....

# 2019: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Sparkasse Gießen**, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

**Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Spendern!**

## Der Brexit,

### die britische Linke und die Gewerkschaften mit Christian Bunke,

freier Journalist in Wien und London, u.a. für "junge Welt", "Neues Deutschland" und Gewerkschaftszeitungen

am Donnerstag, 7. März, 19 Uhr, DGB-Haus Gießen, Walltorstr. 17, Dachsaal. - **Veranstalter: DGB Region Mittelhessen**

## Russland im Visier der NATO

### Das Ende der neoliberalen Ordnung Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Rainer Rupp

Autor und Journalist, bis 1989 DDR-Kundschafter (Deckname Topas) im NATO-Hauptquartier Brüssel, 1993 verhaftet und zu 12 Jahren verurteilt, nach 7 Jahren entlassen.

Montag, 11. März, 19 Uhr, im Dachsaal des DGB-Hauses, Walltorstr. 17

**Veranstaltung der DKP**



## Nein zum Putsch in Venezuela

Die Kampagne gegen die Regierung Venezuelas erinnert an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende nahm.

In dieser Situation sind alle Demokraten aufgefordert, den Kriegstreibern und Put-



schisten in den Arm zu fallen und die legitime Regierung des bolivarianischen Präsidenten Nicolás Maduro zu unterstützen. ... Wir fordern die Bundesregierung auf, die auf Wahlen und Volksbeteiligung fußenden demokratischen Strukturen Venezuelas zu akzep-

(Aus dem Soli-Info der DKP. Der vollständige Text steht hier: [blog.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2019/02/Solidaritätsinfo\\_Venezuela\\_MAIL.pdf](http://blog.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2019/02/Solidaritätsinfo_Venezuela_MAIL.pdf))

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

## Protest gegen Hartz IV



[blog.unsere-zeit.de](http://blog.unsere-zeit.de)

[www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)

[www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

DKP-Gießen auch bei facebook



vormerken:

Montag, 29. April, Vor-Mai-Veranstaltung der DKP mit

### Kai Degenhardt



### Ehrung für Ettie und Peter Gingold gefordert

Zusammen mit fast zweihundert Menschen, Gruppen und Organisationen fordert die Gingold-Erinnerungsinitiative seit Langem die Benennung eines Platzes nach Ettie und Peter Gingold.

Am 9. März, um 15 Uhr findet nun eine symbolische Platzbenennung in Frankfurt-Niederrad - in unmittelbarer Nähe der Wohnung von Ettie und Peter Gingold - statt. Informationen bei: <http://www.gingold-initiative.de/>

tieren und die Regierung von Präsident Nicolás Maduro anzuerkennen.

Angesichts der gefährlichen Situation in Venezuela, in der ein erneuter Putsch gegen die seit 20 Jahren gewählte und immer wieder bestätigte Regierung zunächst unter Hugo Chávez und jetzt unter Nicolás Maduro durchgeführt wird, bekräftigt die DKP ihre Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften des Landes.